

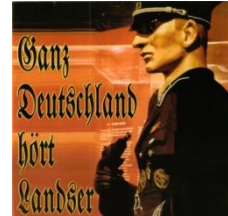
Rechtsrock 1997 bis 2007

(Verfasst 2007 – Überarbeitet 2020)

1. Rechtsextremismus 2000

*„Mit Verboten meint ihr, ihr habt es bald erreicht,
Doch ihr schneidet euch ins eigene Fleisch.
Verbietet ruhig alle Parteien,
Der Kern wird verschmelzen und unaufhaltbar sein.“*
(Sturmwehr: „Unsere Zeit“; „Nordland“)

Albumcover: Landser (Bootleg), Ganz Deutschland hört Landser



Nachdem das politische Establishment und die Medien zwischenzeitlich das Gefühl vermittelt hatten, alle Nachwehen der Wiedervereinigung seien verflüchtigt, waren es erneut rechte Jugendliche, welche die Gesellschaft mit dem traurig-tristen Alltag konfrontieren sollten.

Beginnend mit der Ermordung von Adriano Alberto in Dresden (12. Juni 2000) über den Sprengstoffanschlag auf eine Gruppe jüdischer Aussiedler aus Russland (27. Juli 2000) bis hin zum qualvollen Ertrinken (Ertränken) eines Kindes in Sebnitz peitschten wieder einmal schockierende Fälle rechter Gewalt durch die Gazetten.¹ Zwar blieb der Bombenanschlag in Düsseldorf bis heute ungeklärt und entpuppte sich der bereits mehrere Jahre zurückliegende Tod des sechsjährigen deutsch-irakischen Kindes als tragischer Unfall, doch der journalistischen Jagd nach Sensationen tat dies keinen Abbruch.² Als hätte es in der Zwischenzeit keine Fremdenfeindlichkeit gegeben, als wäre der Rechtsextremismus mit der harten Hand des Gesetzes ausgemerzt worden, stürzten sich die Medien begierig auf das scheinbare Erstarken rechten Hasses.

Kampferprobt im öffentlichkeitswirksamen Auftreten setzte nun auch der amtierende Bundeskanzler Gerhard Schröder dieses Thema auf die Agenda und proklamierte fortan den „Aufstand der Anständigen“.³ Obwohl ein ehrenvoller Wahlspruch aus der Taufe gehoben worden war, aus Worten, wie in Stein gemeißelt, sah die Realität indes anders aus. Offene Animositäten und Attacken gegen

¹ Bei dem Strafverfahren hinsichtlich der Ermordung von Adriano Alberto gaben die Tatverdächtigen zu Protokoll, sie hätten im Vorfeld des Verbrechens u. a. Lieder von **Landser** rezipiert. Der vorsitzende Richter wies im Urteilsspruch – die Täter wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt – auf das in diesem Fall eindeutige Wechselspiel zwischen der medialen Konsumierung von Gewalt und deren realer Umsetzung hin. Die Verurteilung erfolgte am 30. August 2000.

- Aufgrund des Sprengstoffanschlags in Düsseldorf wurden zehn Personen schwer verletzt bzw. verstarb das ungeborene Kind eines Opfers.

- Das Ertrinken des Jungen in Sebnitz datierte auf den 13. Juni 1997. Die Mutter des Opfers wandte sich erstmals im November 2000 mit dem Vorwurf an die Öffentlichkeit, rechte Skinheads hätten ihren Sohn ertränkt bzw. die übrigen Gäste des Schwimmbades hätten keine Hilfe geleistet. Nachdem der Fall erstmals am 23. November 2000 von der BILD-Zeitung unter dem Titel „Neonazis ertränken Kind“ aufgegriffen worden war, schlossen sich binnen weniger Tage faktisch alle größeren Tageszeitungen diesem Thema an. Im Rahmen der Ermittlungen - inzwischen waren drei Tatverdächtige verhaftet worden - stellte sich jedoch heraus, dass die Beschuldigungen haltlos waren. Der Junge Joseph Kantelberg-Abdulla war nicht den Händen anderer zum Opfer gefallen, sondern einem Herzversagen erlegen. Gegen die Mutter des Kindes wurde daraufhin ein Verfahren wegen falscher Verdächtigung eingeleitet.

Vgl.: Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus; a. a. O.; S. 82.

Vgl.: Weiss, Michael: Deutschland im September; in: Dornbusch, Christian / Raabe, Jan (Hrsg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien; a. a. O.; S. 64.

Vgl.: Esser, Frank / Scheufele, Bertram / Brosius, Hans-Bernd: Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienwirkung. Deutschland im internationalen Scheinwerferlicht; a. a. O.; S. 97ff.

Vgl.: Menhorn, Christian: Skinheads: Portrait einer Subkultur; a. a. O.; S. 170f.

² Vgl.: Esser, Frank / Scheufele, Bertram / Brosius, Hans-Bernd: Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienwirkung. Deutschland im internationalen Scheinwerferlicht; a. a. O.; S. 102.

³ Vgl.: Esser, Frank / Scheufele, Bertram / Brosius, Hans-Bernd: Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienwirkung. Deutschland im internationalen Scheinwerferlicht; a. a. O.; S. 97.

Andersdenkende hatten sich nur temporär vermindert und stiegen in der Folgezeit wieder merklich an. Das Jahr 2000 markiert somit einen Wendepunkt in der Bilanzierung rechter Brutalität, welche bislang zwar nur noch vereinzelt in Mordfällen mündete, aber seither gerade in Ostdeutschland wieder signifikant und beständig wuchs.⁴

Die rechte Subkultur hatte in der Zwischenzeit neue Konturen erhalten und sich in ihren Verhaltensweisen den Sanktionen der 90er Jahre angepasst. Standen in den Jahren 1991 bis 1993 noch offene Hetzjagden auf der Tagesordnung, so begnügen sich die einzelnen Szenen heute mit Drohkulissen. Bereits die bloße bzw. inszenierte Präsenz reicht meist aus, um anderen Jugendlichen bzw. möglichen Störenfriedern zu signalisieren, wer vor Ort die Lufthoheit hat. Bei einer Stadt mit 10.000 Einwohnern besitzt gewöhnlich schon eine rechte Clique mit 40 Mitgliedern das Format, um die ortsansässige Jugendszene, einschließlich ihrer Treffpunkte (Tankstellen, Diskotheken und Kneipen) zu dominieren. Nicht mehr „Knüppel schwingen“, sondern „Flagge zeigen“ heißt nunmehr die Losung.



Albumcover: Sachsenia, Herzlich willkommen

Entsprechend der schon in den 90er Jahren feststellbaren Tendenz zur Dezentralisierung treten rechte Cliquen insbesondere im ländlichen Raum der Neuen Bundesländer offen in Erscheinung.⁵ Im Unterschied zu den meisten Großstädten mit einer aktiven linken Szene und starken Polizeipräsenz treffen rechte Cliquen gerade hier auf den geringsten Widerstand.

In Anbetracht der teilweise exorbitanten Arbeitslosigkeit gedeihen Vorurteile sehr schnell, so dass rechte Parteien und Szenen mit ihren platten Parolen und Schuldzuschreibungen auf sehr fruchtbaren Boden stoßen. Zudem suchen gerade aufgeschlossene und kreative Bürger ihr berufliches Heil meist in der Flucht gen Westen, d. h. der eigentlich wichtigste Gegenpol rechter Szenen wandert ab.⁶

4

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Rechtsextremistische Straftaten insgesamt	8.730	11.719	11.049	10.037	15.951	10.054	10.902	10.792	12.051	15.361
Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten	624	790	708	746	998	709	772	759	776	958

Aufgrund einer modifizierten Erfassungsmethodik sind die Statistiken der Jahre 2002ff nur bedingt mit den Werten der vorherigen Jahre kompatibel. Das seit dem 1. Januar 2001 geltende Definitionssystem der „Politisch motivierten Kriminalität“ konkretisiert bzw. beschränkt diese Auflistung auf jene Straftaten, bei denen von einem klaren politisch-weltanschaulichen Hintergrund auszugehen ist.

„...Als politisch motiviert gilt eine Tat insbesondere dann, wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status richtet...“

Unter Berücksichtigung dieser Einschränkung dürfte die Statistik über die tatsächliche Gewaltbereitschaft und kriminelle Energie der rechten Szene wahrscheinlich noch viel höher ausfallen.

http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_rechtsextremismus/zahlen_und_fakten.html/zuf_re_erfassungsmethodik_pmk.html (07.06.2006 / 10.00 Uhr).

Vgl.: Bundesamt für Verfassungsschutz: Ein Jahrzehnt rechtsextremistischer Politik. Strukturdaten – Ideologie – Agitation – Perspektiven 1990-2000; a. a. O.; S. 4.

Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2005; a. a. O.; S. 34.

http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_rechtsextremismus/zahlen_und_fakten.html/zuf_rechtsextremistische_gewalt_gesamt.html (07.06.2006 / 10.00 Uhr).

⁵ Vgl.: Wagner, Bernd: Kulturelle Subversion von rechts in Ost- und Westdeutschland: Zu rechtsextremen Entwicklungen und Strategien; in: Grumke, Thomas / Wagner, Bernd (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft; a. a. O.; S. 23.

Vgl.: Pfahl-Traugher, Armin: Der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945. Zur Entwicklung auf den Handlungsfeldern >>Aktion<< - >>Gewalt<< - >>Kultur<< - >>Politik<<; in: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz; a. a. O.; S. 89.

⁶ Vgl.: ebd.

Den verbleibenden Jugendlichen bleibt vielfach die verheißungsvolle Auswahl, sich entweder mit teils potenten rechten Cliquen zu arrangieren, schlechtestenfalls in Form von Zugehörigkeit, oder möglichen Konflikten aus dem Weg zu gehen. Auch im zweiten Fall erweist sich der Standortwechsel meist als die sicherere Entscheidung. Die bedeutendsten rechten Jugendszenen fanden sich demzufolge in Brandenburg bzw. im Großraum Berlins, in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen.⁷ Agieren rechte Szenen im Westen Deutschlands noch verhalten und finden gewöhnlich nur in überregionalen Treffpunkten zueinander, so war gerade in den oben angeführten Regionen eine Normalisierung des Rechtsextremismus erkennbar.⁸ Zwar hatte sich die Anzahl gewaltbereiter Rechter mit leichten Zuwächsen in den letzten Jahren bei ca. 10.500 Personen auf Bundesebene eingependelt, aber die ein Mehrfaches zählende und wieder unverhältnismäßig wachsende Menge an Sympathisanten bleibt hierbei außen vor.⁹

Neben der Gruppe von Mitläufern war es vornehmlich der weltanschaulich verfestigte Sektor, dem in den letzten Jahren ein beachtlicher Zuwachs zuteil wurde. Bis zum Jahre 2000 verfügte die Skinhead-Szene mit den „Hammerskins“ sowie „Blood and Honour“ über zwei eigenständige bzw. parteipolitisch unabhängige Skinhead-Verbände. Auch wenn beide Gruppen eine dezidiert neonazistische Grundhaltung aufwiesen, probten sie anders als die „Freien Kameradschaften“ bislang nicht den Schulterschluss mit der NPD sondern profilierten sich vielmehr auf dem subkulturellen Unterhaltungssektor.¹⁰ Insbesondere die zunehmende Verfestigung rechter Cliquen im jugendkulturellen Alltag der neuen Bundesländer hatte eine stärkere Nachfrage bezüglich des flächendeckenden

⁷ Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2004; a. a. O.; S.49.

Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2005; a. a. O.; S. 59.

Vgl.: Pfahl-Traugher, Armin: Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland im Vergleich. Eine vergleichende Analyse für die Handlungsfelder „Politik“, „Aktion“ und „Gewalt“; in: Grumke, Thomas / Wagner, Bernd (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft; a. a. O.; S. 34.

⁸ Ein besonderes Beispiel für etablierte bzw. überregionale Zentren in den Alten Bundesländern bietet der „Club 88“ in Neumünster (Schleswig-Holstein). Als Treffpunkt über die Landesgrenzen hinaus bekannt, geben hier sowohl ambitionierte Polit-Aktivisten, als auch unpolitische Szene-Interessierte ihr Stelldichein. Abgesehen von der klassischen Bewirtung fungieren solche Plätze auch regelmäßig als Austragungsorte von kleineren Rechtsrock-Konzerten. So fanden sich u. a. im September 2001 mehr als 500 Besucher zum fünfjährigen Gründungsjubiläum im „Club 88“ ein bzw. wurde ein Konzert mehrerer Rechtsrockbands vor Ort aus dem Jahre 2002 als Sampler veröffentlicht.

Anbei sei darauf hinzuweisen, dass sich in Norddeutschland neben klassischen Rechten auch Unternehmer aus dem „horizontalen Gewerbe“ als Ausrichter und Initiatoren von Konzerten betätigen, d. h. politische Brauhemden frönen im Rotlicht-Milieu auf durchaus vielfältige Art ihren Gelüsten.

Vgl.: Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein: Gegen Extremismus von rechts und links. Verfassungsschutzbericht 2001; Kiel 2002; S. 13ff.

Vgl.: Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern: Extremismusbericht 2002; Schwerin 2003; S. 28

⁹ Schätzungsweise 45% der gewaltbereiten Rechtsextremisten bzw. Skinheads entfallen hierbei auf die Neuen Bundesländer. Zu den oben genannten 10.500 gewaltbereiten Rechten gesellen sich derzeit (2005) noch mehr als 4.000 Neonazis, von denen die Mehrzahl in „Freien Kameradschaften“ eingebunden ist.

Vgl.: Bundesamt für Verfassungsschutz: Rechtsextremistische Skinheads: Musik und Konzerte; Köln 2004; S. 12.

Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2004; a. a. O.; S. 33.

Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2005; a. a. O.; S. 51 und S. 55.

¹⁰ Verglichen mit „Blood and Honour“ trat die deutsche „Hammerskin“-Sektion allerdings nur vereinzelt öffentlich in Erscheinung bzw. fand bei ihren Unternehmungen nicht den gleichen Anklang wie ihr Pendant. Anders als die aus England stammende Skinhead-Gruppierung, welche das gesamte rechte Spektrum anzusprechen versuchte, umgaben sich „Hammerskins“ stets mit einem elitären Habitus.

Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2003; a. a. O.; S. 43.

Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2004; a. a. O.; S. 50.

Vgl.: Innenministerium Baden-Württemberg: Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2003; a. a. O.; S. 151.

Vgl.: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport : Rechtsextremistische Skinheads. Neonazistische Kameradschaften; a. a. O.; S. 13.

Vgl.: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport : Verfassungsschutzbericht 2003; Hannover 2004; S. 27.

Vertriebs von Rechtsrock bzw. der Organisation von Konzerten geschaffen, also gewissermaßen ein Bedarf nach Event-Management. Das am 14. September 2000 vom Bundesminister des Innern erlassene Verbot von „Blood and Honour“ hatte diesbezüglich einen „Hydra-Effekt“.¹¹ Zwar konnte die länderübergreifende Planung von Konzerten hierdurch zwischenzeitlich blockiert werden, doch blieben die regionalen Betätigungen ehemaliger „Blood and Honour“-Aktivisten aufgrund intakter Netzwerke hiervon weitestgehend unberührt. Als schwerwiegender erwies sich indes der fluchtartige Übergang vieler Mitglieder zu den „Freien Kameradschaften“ und zur NPD.¹² Verfügte „Blood and Honour“ als Vereinigung nur über ein begrenztes rechtliches Instrumentarium gegen staatliche Sanktionen, so hoffte man im Schutze einer Partei sowie unzähliger kleiner Kameradschaften hiergegen fortan besser gewappnet zu sein. Das Verbot von „Blood and Honour“, auch wenn es legitim gewesen sein mochte, führte kampferprobte Organisatoren mit exzellenten Kontakten und Referenzen in den Schoß einer wieder erstarkenden Neonazi-Partei. Schloss dieser Beitritt anfänglich nur wenige rechte Skinheads ein und wurde auch bis heute von deren Majorität nicht geteilt, so nahm die Zusammenarbeit von Szene und Partei in der Folgezeit stetig zu bzw. erhöhte deren Schlagkraft massiv.¹³

Gemessen an den Sanktionen der 90er Jahre präsentiert sich das rechte Spektrum staatlichen Repressalien gegenüber inzwischen verhältnismäßig routiniert und innerlich gefestigt. Lösten staatliche Eingriffe beim neonazistischen Kern der Szene vormals noch Verunsicherung aus, so paradieren heute beinahe wöchentlich vorbestrafte Aktivisten, welche mehr denn je ihre staatsbürgerlichen Freiheiten auszukosten verstehen.¹⁴



Albumcover: Kraftschlag, Im Namen des Führers

¹¹ Der gegen „Blood and Honour“ gerichtete Verbotserlass schloss auch die Auflösung der Jugendorganisation „White Youth“ ein. Die Klage zweier Mitglieder gegen das Verbot vor dem Bundesverwaltungsgericht wurde am 13. Juni 2001 abgewiesen.

Vgl.: Bundesamt für Verfassungsschutz: Rechtsextremistische Skinheads: Musik und Konzerte; a. a. O.; S. 11.

Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2001; a. a. O.; S. 47.

Vgl.: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Skinheads und Rechtsextremismus. Instrumentalisierung einer jugendlichen Subkultur (2.Aufl.); Düsseldorf 1999; S. 28.

Vgl.: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2003; Düsseldorf 2004; S. 82.

Vgl.: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport : Rechtsextremistische Skinheads. Neonazistische Kameradschaften; a. a. O.; S. 13.

Vgl.: Pfahl-Traugher, Armin: Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland im Vergleich. Eine vergleichende Analyse für die Handlungsfelder „Politik“, „Aktion“ und „Gewalt“; in: Grumke, Thomas / Wagner, Bernd (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft; a. a. O.; S. 34.

¹² Vgl.: Pfahl-Traugher, Armin: Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland im Vergleich. Eine vergleichende Analyse für die Handlungsfelder „Politik“, „Aktion“ und „Gewalt“; in: Grumke, Thomas / Wagner, Bernd (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft; a. a. O.; S. 34f.

¹³ Vgl.: Grumke, Thomas: „Solidarität ist eine Waffe“. Die rechtsextreme Internationale: Ideologie, Vernetzung und Kooperation; in: Grumke, Thomas / Wagner, Bernd (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft; Opladen 2002; S. 45.

¹⁴ Der „Aufstand der Anständigen“ trieb noch weitere Blüten. Nachdem dem Slogan „national befreite Zonen“ bislang faktisch keine angemessene Aufmerksamkeit zuteil wurde, kürte ihn die ‚Gesellschaft für deutsche Sprache‘ zum Unwort des Jahres 2000. Ähnlich der Journalisten-Gilde verfügen offenkundig auch Wissenschaftler nur über einen beschränkten Kenntnisstand hinsichtlich tatsächlicher Verhältnisse und verhelfen somit bereits altbackenen und etablierten Schlachtrufen zu neuen Ehren. Gleichwohl zählen solche Spätzünder in einem von Wohlstandsmüll, Überfremdung und Ich-AG's degenerierten Tätervolk noch zu den Kollateralschäden.

Vgl.: Jaschke, Hans-Gerd / Rätsch, Birgit / Winterberg, Yury: Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf; a. a. O.; S. 114.

2. Die Renaissance der NPD

Die Verbotswellen der 90er Jahre hatten manchen Rechten zwischenzeitlich verunsichert, zugleich aber auch der NPD inzwischen einen regen Zulauf beschert. Im Jahre 1964 gegründet, gliederte sich die NPD bis 1996 mehr einer farblosen und von ewiggestriger Verbitterung durchtränkten Partei als einem aktionsbetonten Bündnis von hoch motivierten Neonazis in der Gegenwart.¹⁵

Die anfänglich verhaltene Kritik an dieser monothematischen Ausrichtung summierte sich in der Folgezeit und führte letztlich zur Abwahl des amtierenden Parteivorsitzenden im März 1996.¹⁶ Man hatte sich seitens der Parteibasis der deckertischen Tristesse überdrüssig gezeigt und legte die Verantwortung fortan in die Hände des ehemaligen Bundeswehroffiziers Udo Voigt.¹⁷

Aufgrund der Tatsache, dass die NPD durch die Verurteilung ihres ehemaligen Vorsitzenden und weiterer Vorstandsmitglieder faktisch handlungsunfähig geworden war und von persönlichen Animositäten beeinträchtigt wurde, initiierte Voigt einen Kurswechsel.¹⁸ Bereits im Dezember 1996 verabschiedete die Parteiführung ein neues Programm, welches sowohl in struktureller Hinsicht, als auch im politisch-ideologischen Sektor eine Neuausrichtung offenbarte.¹⁹ Demnach verlagerte die NPD ihren Tätigkeitsschwerpunkt fortan auf die Neuen Länder. Hierin eingeschlossen war neben der Verlegung des Parteisitzes nach Berlin auch eine Abkehr von der bislang zumeist revisionistischen Programmatik zugunsten einer antikapitalistischen Haltung.²⁰ Gerade weil in Ostdeutschland die hohe Arbeitslosigkeit ein immenses Protestpotenzial geschaffen hatte, eröffnete der programmatische Brückenschlag zwischen Nationalismus und Sozialismus neue Perspektiven hinsichtlich der Wählerschaft. Während man in Westdeutschland zumeist nur um eine kleine Schar von Protestwählern und Rechtskonservativen in Konkurrenz mit der CDU/CSU buhlte, konnte man hiermit in Ostdeutschland auch unter der bisherigen PDS-Klientel auf Stimmenfang gehen. Das bis dato nationalistisch-xenophobische Wertegerüst der Partei wurde somit fortan flankiert von anti-amerikanischen und antiliberalistischen Aussagen. Wen man mit dem hehren Ideal der „völkischen

¹⁵ Vgl.: Jaschke, Hans-Gerd / Rätsch, Birgit / Winterberg, Yury: Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf; a. a. O.; S. 150.

¹⁶ Udo Voigt setzte sich in einer Kampfabstimmung auf dem Bundesparteitag der NPD am 23./24. März 1996 gegen Günther Deckert durch (mit 88 zu 83 Stimmen). Deckert war bereits im Vorjahr seines Amtes enthoben worden und befand sich zum Zeitpunkt des Parteitages u. a. wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass in Haft. Auch in der Folgezeit zeigte Deckert bezüglich seines offenen Antisemitismus kein Einsehen und wurde zu teilweise mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Vgl.: Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg: Rechtsextremismus in Baden-Württemberg – Allgemeine Entwicklung; Stuttgart 2003; S. 28f.

Vgl.: Benz, Wolfgang: Feindbild und Vorurteil. Beiträge über Ausgrenzung und Verfolgung; a. a. O.; S. 137.

Vgl.: Hoffmann, Uwe: Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur; a. a. O.; S. 266f und S. 271.

Vgl.: Bergmann, Werner: Aus der Geschichte gelernt? Konflikte über Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland (1949-2000); in: Tuor-Kurth, Christina (Hrsg.): Neuer Antisemitismus – alte Vorurteile?; Stuttgart 2001; S. 24.

¹⁷ Vgl.: Jaschke, Hans-Gerd / Rätsch, Birgit / Winterberg, Yury: Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf; a. a. O.; S. 172.

¹⁸ Vgl.: Hoffmann, Uwe: Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur; a. a. O.; S. 267.

¹⁹ Vgl.: Königseder, Angelika: Rechtsextreme Parteien und Organisationen in Deutschland. Ein Überblick; in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland; a. a. O.; S. 131.

²⁰ Neben dem Wechsel des Parteisitzes nach (Ost-)Berlin verlagerten 1997 auch der parteieigene `Deutsche Stimme-Verlag` (nunmehr Riesa/Sachsen) und die Jugendorganisation `Junge Nationaldemokraten` (JN) (nunmehr Dresden/Sachsen) ihre Hauptsitze in die Neuen Länder.

Vgl.: Bayerisches Staatsministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2003; München 2004; S. 35.

Vgl.: Königseder, Angelika: Rechtsextreme Parteien und Organisationen in Deutschland. Ein Überblick; in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland; a. a. O.; S. 131.

Vgl.: Wagner, Bernd: Kulturelle Subversion von rechts in Ost- und Westdeutschland: Zu rechtsextremen Entwicklungen und Strategien; in: Grumke, Thomas / Wagner, Bernd (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft; a. a. O.; S. 25.

Homogenität“ nicht zu begeistern vermochte, den sollte vielleicht die Sehnsucht nach „sozialer Homogenität“ zum Urnengang verlocken.

Als praktische Anleitung und Richtlinie für zukünftige politische Aktivitäten verabschiedete der Parteivorstand im Jahre 1997 zudem das so genannte „Strategiekonzept der Drei Säulen“.²¹ Hierin enthalten waren:

- **Kampf um die Straße**
[öffentliche Aufmärsche und Demonstrationen]
- **Kampf um die Parlamente**
[Wahlteilnahme]
- **Kampf um die Köpfe**
[- Schulung der eigenen Aktivisten]
- Rekrutierung neuer Mitglieder]
- Einflussnahme auf die öffentliche Meinung]²²



Albumcover: Sampler, Junge Nationaldemokraten – Kampflieder zum 1. Mai

Aufgeschreckt durch das plötzliche Erstarken des Rechtsextremismus und beseelt vom Geiste demokratisch-aufständischen Anstands, reichten im Jahre 2001 Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat Verbotsanträge gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht ein.²³ Stärker und schärfer denn je richteten Politik und Öffentlichkeit ihr Augenmerk auf eine Partei, die bislang kaum einer Beachtung würdig schien. Aber so legitim und prinzipiell berechtigt das Verbotverfahren auch gewesen sein mochte, entwickelte es sich letztlich zu einem handfesten politischen Desaster. Entscheidend für das Scheitern des Verfahrens gegen die NPD waren indes weder die Solidarität im rechten Lager noch atemberaubende Plädoyers, sondern die Verwicklung von V-Leuten der Geheimdienste in den Verfahrensablauf.²⁴ Weil mehrere Führungspersönlichkeiten der NPD, unter

²¹ Vgl.: Bundesamt für Verfassungsschutz: Aktuelle Entwicklung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und ihr Verhältnis zu den Neonazis; a. a. O.; S. 3 .

Vgl.: Kohlstruck, Michael: Rechtsextreme Jugendkultur und Gewalt. Eine Herausforderung für die pädagogische Praxis; a. a. O.; S. 53.

²² Es sei darauf hinzuweisen, dass unter dem „Kampf um die Köpfe“ formell mehr die Schulung und Professionalisierung der Parteimitglieder gemeint ist, dies in der Praxis aber auch neue Methoden der Anwerbung von Mitgliedern einschließt. Hierauf wird im betreffenden Abschnitt noch genauer eingegangen.

Vgl.: ebd.

Vgl.: Kailitz, Steffen: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Weg zur „Volksfront“?; a. a. O.; S. 19f.

Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2003; a. a. O.; S. 65.

Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2004; a. a. O.; S. 75.

²³ Der Verbotsantrag der Bundesregierung erfolgte im Januar 2001 und die Anträge von Bundestag und –rat wurden im März selbigen Jahres eingereicht. Den Anträgen ging eine mehrmonatige Diskussion über Sinn und Wirkung des Verfahrens voraus.

Vgl.: Kailitz, Steffen: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Weg zur „Volksfront“?; a. a. O.; S. 20.

Vgl.: Bayerisches Staatsministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2002; a. a. O.; S. 37.

Vgl.: Kohlstruck, Michael: Strukturen einer Aggression. Gesellschaftlicher Konsens und kollektive Frustration in den neuen Bundesländern; in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland; a. a. O.; S. 22.

Vgl.: Wetzel, Juliane: Rechtsextreme Propaganda im Internet. Ideologietransport und Vernetzung; in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland; a. a. O.; S. 139f.

Vgl.: Esser, Frank / Scheufele, Bertram / Brosius, Hans-Bernd: Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienwirkung. Deutschland im internationalen Scheinwerferlicht; a. a. O.; S. 106.

²⁴ Das Bundesverfassungsgericht hatte 14 Personen aus dem rechten Spektrum und der NPD-Führung als Zeugen und Auskunftspersonen im Rahmen des Verfahrens vorgeladen. Im Vorfeld der Vernehmung wurden die Richter von einem Beamten des Bundesinnenministeriums davon in Kenntnis gesetzt, dass einer der Zeugen, namentlich der nordrhein-westfälische NPD-Landesvorsitzende Udo Holtmann, zwischenzeitlich in Diensten des Verfassungsschutzes NRW stand. Da diese Unterrichtung jedoch nur fernmündlich war und eine weitere schriftliche Erläuterung aus dem Ministerium ausblieb, forderte das Gericht die Antragsteller (Bundestag, –rat und

ihnen auch ein vorgeladener Zeuge, in den Diensten der Verfassungsschutzämter standen, lehnten drei der sieben Richter eine Fortführung des Prozesses ab.²⁵ In der offiziellen Begründung betrachteten die Richter die Einbindung von Vertrauenspersonen in die Parteiführung und den Prozess als ein Verfahrenshindernis im Sinne der rechtsstaatlichen Mindestanforderungen und Prinzipien.²⁶ Die Einstellung des Verfahrens durch den zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts erfolgte offiziell am 18. März 2003.²⁷

Obwohl die NPD aufgrund juristischer Spitzfindigkeiten den Prozess überstand und die Frage nach ihrer Verfassungsfeindlichkeit nie zum eigentlichen Gegenstand geworden war, hatte sich die Partei dennoch einige Blessuren zugezogen. Das inzwischen amtlich gewordene Faktum einer Infiltration der Partei durch Spitzel und V-Leute schädigte ihrer Reputation, wollte man denn von einer solchen sprechen. Insbesondere die „Freien Kameradschaften“, welche ehemals sehr auf Diskretion bedacht waren, gingen zeitweilig wieder auf Distanz zur Partei.²⁸

Die Landtagswahlen am 19. September 2004 in Brandenburg und Sachsen bescherten den rechten Parteien gleichwohl einen enormen Auftrieb. Während die DVU mit 6,08 % der Stimmen in Brandenburg ihr vormaliges Resultat verfestigte, errang die NPD gar 9,2 % der abgegebenen Stimmen und zog erstmals seit dem Ende der 60er Jahre wieder in ein Landesparlament ein.²⁹

-regierung) zu einer Stellungnahme auf. Die eigentlich anberaumten Verhandlungstermine wurden hierbei am 22. Januar 2002 aufgehoben. Während die Kläger in ihren Stellungnahmen auf die Unerlässlichkeit und formelle Zulässigkeit nachrichtendienstlicher Informationsgewinnung im Vorfeld des Verfahrens hinwiesen, erhob die Gegenseite (Mahler u. Eisenecker) den Vorwurf der Manipulation und Steuerung von Außen.

Vgl.: Kailitz, Steffen: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Weg zur „Volksfront“?; a. a. O.; S. 21f.

Vgl.: Bayerisches Staatsministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2002; a. a. O.; S. 37ff.

²⁵ Die Fortführung des Verfahrens hätte einer Zweidrittelmehrheit bedurft, welche unter Berücksichtigung des ablehnenden Votums dreier Richter nicht mehr gegeben war.

Vgl.: Kailitz, Steffen: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Weg zur „Volksfront“?; a. a. O.; S. 22.

Vgl.: Bayerisches Staatsministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2002; a. a. O.; S. 41.

²⁶ Zu den wichtigsten Gründen, die drei der Richter des Bundesverfassungsgerichts zur Einstellung des Verfahrens bewogen, hieß es in der Entscheidung:

„...Die Beobachtung einer politischen Partei durch V-Leute staatlicher Behörden, die als Mitglieder des Bundesvorstands oder eines Landesvorstands fungieren, unmittelbar vor und während der Durchführung eines Parteiverbotsverfahrens ist in der Regel unvereinbar mit den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren...“

„...In einem Parteiverbotsverfahren schwächen Mitglieder der Führungsebene, die mit einander entgegengesetzten Loyalitätsansprüchen des staatlichen Auftraggebers und der observierten Partei konfrontiert sind, die Stellung der Partei als Antragsgegner vor dem BVerfG im Kern. Für diese Wirkung reicht die bloße Präsenz "doppelfunktionaler", sowohl mit dem Staat als auch mit der Partei rechtlich und faktisch verknüpfter "Verbindungs-" Personen aus. Auf die tatsächliche Information der ASt. (Antragsteller) über die Prozessstrategie der Partei im Verbotverfahren kommt es nicht an...“

<http://www.bundesverfassungsgericht.de/cgi-bin/link.pl?entscheidungen> (18.03.2006 / 14.00 Uhr).

²⁷ Vgl.: Kailitz, Steffen: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Weg zur „Volksfront“?; a. a. O.; S. 22.

Vgl.: Bayerisches Staatsministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2002; a. a. O.; S. 41.

Vgl.: Bayerisches Staatsministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2003; a. a. O.; S. 36.

Vgl.: Bundesamt für Verfassungsschutz: Aktuelle Entwicklung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und ihr Verhältnis zu den Neonazis; a. a. O.; S. 4.

Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2004; a. a. O.; S. 75.

Vgl.: <http://www.bundesverfassungsgericht.de/cgi-bin/link.pl?entscheidungen> (18.03.2006 / 14.00 Uhr).

²⁸ Vgl.: Bayerisches Staatsministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2003; a. a. O.; S. 38.

Vgl.: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport : Rechtsextremistische Skinheads. Neonazistische Kameradschaften; a. a. O.; S. 38.

²⁹ Die DVU errang bei 6,08% der Stimmen sechs von 88 Sitzen im brandenburgischen Landtag.

Die NPD errang bei 9,2% der Stimmen zwölf von 124 Sitzen im sächsischen Landtag. Beide Parteien konnten indes keine Direktmandate gewinnen.

Begünstigend für die Ergebnisse von NPD und DVU war hierbei neben der geringen Wahlbeteiligung auch die Tatsache, dass die Republikaner in beiden Fällen nicht zur Wahl angetreten waren bzw. nicht wie in anderen Bundesländern mit ihnen um das rechte Wählerspektrum konkurrierten.

Es waren demnach insbesondere junge Wähler bzw. Erstwähler und Arbeitslose, die den Rechten am 17. September 2006 mit 7,3% der Stimmen den Einzug in den mecklenburgischen Landtag ermöglichten.³⁰ Im Gegensatz zu ihrer bislang nur marginalen Bedeutung als kulturelle Denkfabrik profilierte sich die NPD in jener Zeit auch als subkulturelle Rockfabrik. So äußerte sich der Parteivorsitzende Udo Voigt gegenüber dem Mitteldeutschen Rundfunk:

„Die Musik transportiert Meinung, Musik transportiert Kultur und das ist für uns ein wichtiges Bindeglied zur Jugend. Weil über Musik sprechen wir die Jugend an, und sind dann in der Lage, wenn wir ihre Herzen über die Musik geöffnet haben, ihnen auch letztendlich schulisch unsere Ideen beizubringen.“³¹

Zwar verfügten die Nationaldemokraten schon seit längerem über Mitglieder mit einschlägigen Erfahrungen beim Vertrieb von Rechtsrock, doch erwies sich allen voran die Einbindung von Jens Pühse als „Bereicherung“. Pühse, der als Inhaber des Labels „Pühses Liste“ zu den umsatzkräftigsten Produzenten im rechten Musikgewerbe gehörte, wurde von der NPD-Leitung damit beauftragt, aus der Position eines Geschäftsführers den parteieigenen „Deutsche Stimme-Verlag“ wieder auf Vordermann zu bringen. Die Symbiose von professionellem Management und einem Parteiverlag mit bundesweitem Kundenstamm entwickelte sich seither zu einem für beide Seiten gedeihlichen Unternehmen. So hatte es Pühse seit etwa 1998 verstanden, namhafte Rechtsrocker für sein Label und damit seine Partei zu gewinnen bzw. war im Gegenzug nicht mehr auf Gedeih und Verderb den Kräften des Marktes unterworfen, soll heißen, er wurde bei Defiziten und Fehlkalkulationen aus der Parteikasse bezuschusst.³²



Foto: Jens Pühse, 2006

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Jens_P%C3%BChse (20.08.2020 / 15.00 Uhr)

Vgl.: Kailitz, Steffen: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Weg zur „Volksfront“?; a. a. O.; S. 55.

Vgl.: http://www.landtag.sachsen.de/slt_online/de/infothek/index.asp?page=volksvertretung/abgeordnete/wahlergebnisse/index.html (01.04.2006 / 08.00 Uhr).

Vgl.: <http://www.wahlen.brandenburg.de/sixcms/detail.php/186196> (01.04.2006 / 08.00 Uhr).

³⁰ Einer Wahlanalyse des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) zufolge, wählten 17% der befragten 18- bis 29-jährigen sowie 18% der Arbeitslosen in Mecklenburg-Vorpommern die NPD. Die Nationaldemokraten erhielten dabei sechs von insgesamt 71 Sitzen im mecklenburgischen Landtag.

Vgl.: http://www.mecklenburg-vorpommern.eu/cms2/Landesportal_prod/Landesportal/content/de/Land_und_Regierung/Landtag/index.jsp (02.10.2006 / 22.30 Uhr).

Vgl.: http://www.mecklenburg-vorpommern.eu/cms2/Landesportal_prod/Landesportal/content/de/Land_und_Regierung/Landtag/Landtagswahl_2006/index.jsp (02.10.2006 / 22.30 Uhr).

Vgl.: http://www.statistik-mv.de/index_1wahl.htm?pages/txt_wahlen.htm (02.10.2006 / 22.30 Uhr).

Vgl.: <http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/16/0,1872,3978864,00.html> (02.10.2006 / 22.30 Uhr).

³¹ Zitiert nach: <http://www.mdr.de/fakt/aktuell/1668592-hintergrund-1821002.html> (3.10.2005 / 10.00 Uhr). Das auf der Internetseite veröffentlichte „Zitat“ unterscheidet sich etwas von der Originalaussage Voigts aus dem ebenfalls auf der Homepage enthaltenen Fernsehbericht. Als Quelle dient daher der Videobeitrag. Die Sendung wurde ausgestrahlt am 1. November 2004.

³² Das Rechtsrocklabel „Pühses Liste“ ist inzwischen faktisch im „Deutsche Stimme-Verlag“ aufgegangen bzw. bei den Verweisen auf Produzenten und Labels der einzelnen Alben werden beide Namen angegeben. Ergänzend dazu fungiert der Verlag inzwischen auch als szenetypischer Versandhandel und unterhält in Riesa einen Laden mit allen Devotionalien und Utensilien, die der rechte Deutsche begehrt und das deutsche Recht zulässt.

Zu den eigenen Produktionen des Verlages zählen unter anderem Alben der Gruppen **Faustrecht**, **Munin**, **Sturm und Drang** sowie **Sturmwehr**. Die ersten Veröffentlichungen lassen sich auf das Jahr 1998 datieren. Die formelle Leitung des Verlages und Position des Chefredakteurs übt gegenwärtig der stellvertretende Parteivorsitzende Holger Apfel aus, während Ernst Kemna und Jens Pühse die Geschäftsführung innehaben. Vgl.: Bayerisches Staatsministerium des Innern: Neonazismus und rechtsextremistische Gewalt; München 2001; S. 21f

Die Modernisierung des Verlages zu einem Quasi-Label eröffnete der NPD bislang ungeahnte Möglichkeiten der Eigenwerbung bzw. der Verquickung von Angenehmem und Nützlichem. Im Schutze der Versammlungsfreiheit und geborgen in der bürokratischen Legalität organisierte der „Deutsche Stimme-Verlag“ seit 2001 zudem Pressefeste.³³

Zwar dürfte die Mehrzahl der Teilnehmer primär das Konzertprogramm zur Anreise bewogen haben, doch markierte das Pressefest 2004 die größte Veranstaltung, welche das rechte Spektrum seit der Wiedervereinigung verzeichnete.³⁴ Die meisten Einwohner aus Mücka betrachteten ihren Ort während des Festes allerdings mehr als eine Heimsuchung, denn eine Heimstätte.



Foto: Pressefest 2004

Quelle: <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/festival-des-neonazismus> (20.08.2020 / 15.00 Uhr)

Vgl.: Weiss, Michael: Deutschland im September; in: Dornbusch, Christian / Raabe, Jan (Hrsg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien; a. a. O.; S. 70f.

Vgl.: Menhorn, Christian: Skinheads: Portrait einer Subkultur; a. a. O.; S. 226.

Vgl.: <http://www.antifa-kok.de/hintergrund/rechtsrock/> (23.02.2006 / 15.30 Uhr).

Vgl.: <http://www.deutsche-stimme.de> (26.02.2006 / 23.00 Uhr).

Vgl.: <http://www.mdr.de/fakt/aktuell/1668592-hintergrund-1821002.html> (26.02.2006 / 23.00 Uhr).

³³ Die Fakten zu den einzelnen Pressefesten lauten hierbei :

- Pressefest: 8. September 2001; Grimma (Sachsen); ca. 1.500 Besucher
[Interpreten: **Jörg Hähnel; Lars Hellmich; Noie Werte; Nordwind; und Sturmwehr**]
- 2. Pressefest: 3. August 2002; Königslutter (Niedersachsen); ca. 1.800 Besucher
[Interpreten: **Jörg Hähnel; Lars Hellmich; Frank Rennie; Sleipnir; Spreegeschwader**]
- 3. Pressefest: 9. August 2003; Meerane (Sachsen); ca. 3.800 Besucher
[Interpreten: **Jörg Hähnel; Nordfront; Frank Rennie; Saga; Skalde; Sturm und Drang; Manuel Zieber**]
- 4. Pressefest: 7. August 2004; Mücka (Sachsen); ca. 6.900 Besucher
[Interpreten: **Jörg Hähnel; Kraftschlag; Michael Müller; Frank Rennie; Sleipnir; Radikahl und Youngland**]
- 5. Pressefest: 5. August 2006; Dresden (Sachsen);
[Interpreten: **Carpe Diem, Gigi & die Stadtmusikanten, Agitator und Faktor Deutschland**]

Das für 2005 geplante Pressefest wurde aufgrund der bevorstehenden Bundestagswahlen abgesagt. Es sei ferner anzumerken, dass die meisten Interpreten, die an den Pressefesten beteiligt waren, ihre Alben in Zusammenarbeit mit dem „Deutsche Stimme-Verlag“ bzw. „Pühse Liste“ veröffentlicht hatten.

Vgl.: Der Spiegel: Nazis mit Hüpfburg; Nr. 40; Hamburg 2004; S. 46.

Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2001; a. a. O.; S. 50.

Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2004; a. a. O.; S. 76.

Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2005; a. a. O.; S. 88.

Vgl.: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport: Verfassungsschutz in Hessen. Bericht 2003; Wiesbaden 2004; S. 66.

Vgl.: Innenministerium Baden-Württemberg: Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2003; a. a. O.; S. 170.

Vgl.: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2003; a. a. O.; S. 50f.

Vgl.: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport : Rechtsextremistische Skinheads. Neonazistische Kameradschaften; a. a. O.; S. 38.

Vgl.: <http://de.indymedia.org/2002/07/27137.shtml> (07.03.2006 / 11.00 Uhr).

Vgl.: http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Stimme (07.03.2006 / 11.00 Uhr).

Vgl.: <http://www.deutsche-stimme.com/Ausgaben2004/Sites/Pressefest2004.html> (07.03.2006 / 11.00 Uhr).

³⁴ Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2004; a. a. O.; S. 76.

3. Das „Projekt Schulhof“

Der Rechtsrock reiht inzwischen in eine breite Palette von einzelnen Instrumenten der, wollte man sie so nennen, Marketingstrategie der NPD-Kader ein. Betrachtete man die Subkultur und ihre Musiker in den 80er Jahren noch mit gerümpfter Nase, so bedient man sich ihrer heute bei der Kontaktpflege mit Jugendlichen. Ein neueres Beispiel jener Arbeitsteilung zwischen rechten Marschierern und Musikern ist das von den „Freien Kameradschaften“ und der NPD unternommene „Projekt Schulhof-CD“.

Das mediale Amüsement nimmt in der heutigen Zeit einen immer größeren Platz im Alltag von Jugendlichen ein. Die Unterhaltungsindustrie ist in der modernen Gesellschaft faktisch omnipräsent. Auch Rechte müssen inzwischen mehr denn je in die Erlebniswelt von Heranwachsenden eintauchen, wollen sie jene für ihre Gedankenwelt begeistern.³⁵ Die ersten Bemühungen einer solchen offensiven Nachwuchsrekrutierung stammten aus den USA. Das amerikanische Rechtsrocklabel „Panzerfaust Records“ hatte zwecks Eigenwerbung im Jahre 2004 kostenlos ein Sampler-Album unter Jugendlichen verteilt. Der Titel dieser CD lautete „Project Schoolyard Vol. 1“.³⁶



Albumcover: Sampler, Project Schoolyard USA – Vol. 1

Man wartete also nicht darauf, dass sich geneigte Interessenten offenbarten und der Szene zuwandten, sondern sprach sie persönlich an. Der Zuspruch unter den Jugendlichen, die man in Schulen und Treffpunkten aufsuchte, war beachtlich. Ein netter Plausch mit dem adretten Herrn ohne Haare, ein paar Prospekte und Adressenlisten sowie oben drauf eine erlesene Auswahl musikalischer Glanzpunkte, was will man mehr im kargen Einerlei des 21. Jahrhunderts. Die Erfolge und Methodik von „Project Schoolyard“ zeigten auch im rechten Spektrum hierzulande Wirkung. Bis zum Jahre 2005 wurden nach dem amerikanischen Vorbild drei Produktionen veröffentlicht, mit wechselhaftem Erfolg.

▪ „Projekt Schulhof. Anpassung ist Feigheit. Lieder aus dem Untergrund“ (2004)

Mehr als 50 rechte Kameradschaften, Bands und Plattenlabels bzw. Versandhändler beteiligten sich im Sommer 2004 an dem oben genannten Gemeinschaftsprojekt.³⁷ Entsprechend dem Muster von „Panzerfaust Records“ beabsichtigte man auch hierbei eine gezielte Verteilung des Samplers und weiterer Broschüren an Schulen. Obwohl eigentlich eine Gesamtauflage von 250.000 Tonträgern geplant war, konnte die öffentliche Ausgabe auf Beschluss des Amtsgerichts Halle/Saale unterbunden werden.³⁸ Demnach bewertete man mehrere Lieder des Samplers als „schwer jugendgefährdend“ und setzte die Missachtung des Verbotes unter Strafe.³⁹ Ergänzend zum Unterlassungsbeschluss ordnete die Staatsanwaltschaft im August 2004 eine Beschlagnahmung der bisher 50.000

³⁵ Vgl.: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Zwischenbericht 2005. Entwicklungen und Analysen des Extremismus in Nordrhein-Westfalen; Düsseldorf 2005; S. 24.

³⁶ Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2004; a. a. O.; S. 52.

³⁷ Vgl.: Bayerisches Staatsministerium des Innern: Verfassungsschutz. Informationen Bayern 1. Halbjahr 2004; a. a. O.; S. 16.

Vgl.: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Zwischenbericht 2005; a. a. O.; Düsseldorf 2005; S. 24.

Vgl.: Bundesamt für Verfassungsschutz: Rechtsextremistische Skinheads: Musik und Konzerte; a. a. O.; S. 8

Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2004; a. a. O.; S. 51.

Vgl.: http://www1.ndr.de/ndr_pages_std/0,2570,OID1693910,00.html (24.01.2006 / 18.00 Uhr).

Vgl.: http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID3583444_REF_NAV_BAB,00.html (24.01.2006 / 18.00 Uhr).

Vgl.: <http://www.turnitdown.de/287.html> (14.12.2005 / 16.00 Uhr).

³⁸ Vgl.: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Zwischenbericht 2005; a. a. O.; Düsseldorf 2005; S. 24.

³⁹ Vgl.: ebd.

produzierten Alben an.⁴⁰ Allerdings konnten bislang erst 4.000 Exemplare sichergestellt werden bzw. ein gehöriger Teil der Pressungen kursiert bereits in der Szene.⁴¹ Zudem umgingen die Produzenten seit November 2004 den Gerichtsbeschluss, indem sie das Album über einen ausländischen Server zum Download anboten.⁴²

▪ **NPD-Sachsen: „Schnauze Voll? Wahltag ist Zahltag!“ (2004)**

Im Sommer 2004 betätigte sich erstmals auch die NPD bei der Produktion von Musikalben zu Werbezwecken, bot doch gerade die bevorstehende Landtagswahl in Sachsen dafür die passende Gelegenheit.⁴³ Unter der Regie von Jens Pühse veröffentlichte die NPD in der Folgezeit einen Sampler mit einer Auflage von 25.000 Exemplaren, der gezielt an Schulen zur Gewinnung von Erstwählern verteilt wurde.⁴⁴ Im Unterschied zur „Schulhof-CD“ der „Freien Kameradschaften“ bot dieses Projekt indes keine rechtliche Grundlage für ein Verbot und konnte lediglich in Einzelfällen durch die Intervention und Kontrolle der Schulen eingeschränkt werden.⁴⁵ Die Resultate der NPD in Sachsen hatten zur Folge, dass jene CD auch bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein eingesetzt wurde.⁴⁶

▪ **NPD: „Der Schrecken aller linken Spießer und Pauker“ (2005)**

Eine weitere „Schulhof-CD“ des rechten Spektrums wurde im Vorfeld der Bundestagswahlen am 12. September 2005 von der NPD laut eigenem Bekunden an 200 Stellen unter Jugendlichen verteilt.⁴⁷ Obwohl sich dieses Unternehmen auf das gesamte Bundesgebiet erstreckte, hatten eine frühzeitige Informierung der Rektorate, im Vorfeld veröffentlichte Ratgeber für den Umgang mit derartiger Propaganda sowie Proteste vor Ort deren Auswirkungen begrenzt. Auch die Tatsache, dass die NPD nicht in allen Bundesländern auf eine ähnliche Resonanz unter Jugendlichen wie in Sachsen trifft, ist hier sicher von großem Gewicht.



Albumcover: Sampler, NPD Schulhof-CD

⁴⁰ Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2004; a. a. O.; S. 51.

Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2005; a. a. O.; S. 61.

⁴¹ Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2005; a. a. O.; S. 61.

⁴² Die Webseite war eigentlich zur informativen Begleitung des Samplers gedacht und fungiert seither als Vertriebsquelle. Ergänzend dazu sind auf der Homepage Kontaktadressen zur Szene bzw. zu Kameradschaften sowie zu den an der Produktion beteiligten Labels und Versandhändlern enthalten.

Siehe in diesem Sinne: <http://www.schulhof.net/einstellungen/startseite.htm> (14.03.2005 / 21.00 Uhr).

Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2004; a. a. O.; S. 51f.

Vgl.: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Zwischenbericht 2005; a. a. O.; Düsseldorf 2005; S. 24.

⁴³ Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2004; a. a. O.; S. 52.

⁴⁴ Vgl.: Kailitz, Steffen: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Weg zur „Volksfront“?; a. a. O.; S. 75.

Vgl.: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Zwischenbericht 2005; a. a. O.; Düsseldorf 2005; S. 24.

⁴⁵ Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2004; a. a. O.; S. 52.

Vgl.: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Zwischenbericht 2005; a. a. O.; Düsseldorf 2005; S. 24.

Vgl.: http://www1.ndr.de/ndr_pages_std/0,2570,OID1693910,00.html (24.01.2006 / 18.00 Uhr).

⁴⁶ Vgl.: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Zwischenbericht 2005; a. a. O.; Düsseldorf 2005; S. 24.

⁴⁷ Vgl.: ebd.

Vgl.: http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=160 (24.01.2006 / 18.00 Uhr).

4. Das rechte Parteienspektrums der Jahrtausendwende

Die Renaissance der Nationaldemokraten hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass ihre Parteiaktivisten in immer stärkerem Maße hegemoniale Ambitionen für das rechte Lager proklamieren. Abgesehen von der Beständigkeit ihres Aktionismus und Wachstums ist dieser Anspruch wohl auch nicht ganz unbegründet, verzeichnen doch Republikaner und die Deutsche Volksunion fortlaufend sinkende Mitgliederzahlen.⁴⁸

Im Falle der Republikaner ist der allmähliche Zerfallsprozess in erster Linie bedingt durch die innere Zerstrittenheit und die mangelnde Ausstrahlungskraft des Vorsitzenden Rolf Schlierer. Verglichen mit seinem Vorgänger, Franz Schönhuber, kann Schlierer nicht die Massen ansprechen bzw. hat eher die Aura eines Steuerberaters als eines Steuermanns. Seine Parteigenossen quittierten diese Schwächen mit Flügelkämpfen und Austritten.⁴⁹ Exemplarisch beschloss u. a. der Landesverband der Republikaner in Hamburg zum Januar 2005 seine Auflösung und trat faktisch geschlossen zur NPD über.⁵⁰

In ähnlichem Umfang von Mitgliederschwund betroffen ist auch die DVU. Allerdings unterscheidet sie sich von anderen rechten Parteien durch die Finanzkraft ihres Vorsitzenden Gerhard Frey. Als Inhaber mehrerer Verlage hatte Frey seit den 50er Jahren ein dreistelliges Millionenvermögen anhäufen können, aus welchem er die chronisch illiquide Volksunion regelmäßig alimentierte.⁵¹ Die Verschuldung der Partei bewirkte in der Folgezeit ein singuläres Maß von politischer Hörigkeit, konnte Frey doch bislang jede Form von Kritik durch den Verweis auf seine Außenstände im Keim ersticken.⁵² Jene Dominanz machte sich auch bei Wahlkämpfen bemerkbar. Zwar investierte die DVU hierbei mitunter mehr Geld als die beiden Volksparteien zusammen, doch bekam das Wahlvolk gewöhnlich nur Prospekte und Plakate, nicht aber Kandidaten zu Gesicht.⁵³ In der Regel handelt es sich bei den Vertretern der DVU um Marionetten, um handverlesene Gehilfen, die von Frey an der kurzen Leine geführt werden.⁵⁴ Bedingt durch dieses Wechselverhältnis von Unterwürfigkeit und Dirigismus mangelt es der Partei vielfach an Glaubwürdigkeit und Kompetenz, d. h. die DVU ist keine 'freie Partei', die DVU ist 'Freys Partei'.

Aufgrund jener Defizite im Verbund mit den klassischen Anforderungen einer so genannten Parteidisziplin vermögen es Republikaner und DVU gleichermaßen nicht, Jugendliche für ihre Sache zu gewinnen. Vielmehr speisen sie sich bei ihrem Auftreten und einzelnen Wahl-erfolgen zumeist aus den Fehlern und Versäumnissen der etablierten Parteien.⁵⁵ Ähnlich den „One-issue-Parteien“, u. a. am Beispiel der Schill-Partei in Hamburg, beschränken sich beide daher auf fokussierte populistische

⁴⁸ Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2004; a. a. O.; S. 33.

⁴⁹ Vgl.: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2003; a. a. O.; S. 41.

Vgl.: Jaschke, Hans-Gerd / Rätsch, Birgit / Winterberg, Yury: Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf; a. a. O.; S. 165.

⁵⁰ Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2005; a. a. O.; S. 105.

Vgl.: <http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/inneres/landesamt-fuer-verfassungsschutz/archiv/archiv-2005/rep-in-hh-loesen-sich-auf-treten-zur-npd-artikel.html> (22.11.2005 / 15.00 Uhr).

⁵¹ Vgl.: http://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard_Frey (22.11.2005 / 20.00 Uhr).

⁵² Vgl.: Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg: Rechtsextremismus in Baden-Württemberg – Allgemeine Entwicklung; a. a. O.; S. 33.

Vgl.: Jaschke, Hans-Gerd / Rätsch, Birgit / Winterberg, Yury: Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf; a. a. O.; S. 169.

⁵³ Vgl.: Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus; a. a. O.; S. 54.

Vgl.: Hartung, Klaus: Rechte Mitbürger. Die unersättliche Gleichheit und der Protestwähler; in: Michel, Karl Markus / Karsunke, Ingrid / Spengler, Tilman (Hrsg.): Kursbuch 134. Auftritt von rechts; a. a. O.; S. 5.

⁵⁴ Vgl.: Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus; a. a. O.; S. 57.

Vgl.: Jäger, Johannes: Die rechtsextreme Versuchung; a. a. O.; S. 132.

⁵⁵ Vgl.: Schmid, Thomas: Rechtsradikalismus im vereinten Deutschland; in: Wank, Ulrich (Hrsg.): Der neue alte Rechtsradikalismus; a. a. O.; S. 117.

Kampagnen.⁵⁶ Der Zuspruch für rechte Parteien in Deutschland ist daher in gehörigem Maße volatil. So glorios sie zeitweilig von der anonymen Welle des Unmuts in die Landtage getragen werden, so unerbittlich werden sie immer wieder an das Ufer der Bedeutungslosigkeit zurückgespült, nachdem die Welle abgeflaut ist.

Es bleibt abzuwarten, ob die NPD nicht auch dieses Schicksal „erleidet“. Gemessen an ihren Konkurrenten geriert sie sich momentan als Trendsetter, der sich des Volkes leise Stimme zu eigen macht. Allerdings mangelt es ihr verglichen mit den rechten Parteien im übrigen Europa an charismatischen Persönlichkeiten und Kompetenz.⁵⁷

Die Erfolge der Nationaldemokraten bestehen vielmehr aus dem Zuspruch, den sie bei Jugendlichen in den neuen Bundesländern finden. Man signalisiert Bürgernähe, indem sich die Aktivisten vor Ort den alltäglichen Problemen ihrer Mitmenschen annehmen bzw. diesen Eindruck erwecken.

Angesichts der politischen Apathie in der Bevölkerung kann bereits die Organisation von Fußballturnieren, Nachbarschaftshilfe oder sogar das bloße Gespräch mit den Einheimischen tiefere Spuren hinterlassen als die inhaltsleere Litanei der etablierten Parteien.⁵⁸ Bisweilen ist es den Rechtsextremisten somit gelungen, die Lücken aufzufüllen, die eine immer weiter reduzierte kommunale Jugendhilfe hinterlassen hat. Berücksichtigt man nun den Politisierungsgrad der Szene und ihr Verhältnis zur NPD, dann ist in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern die „Partei“ der bestimmende Akteur, wohingegen in den übrigen Bundesländern nach wie vor der „Pöbel“, also eine eigenständige rechte Jugendkultur, das Zepter hält.

⁵⁶ Bei „One-issue-Parteien“ handelt es sich um politische Bewegungen, deren Wahlkampagnen und mitunter auch deren Programmatik auf einzelne Forderungen und Bestrebungen kanalisiert sind. Ein weiteres Beispiel wäre in diesem Zusammenhang die in den 80er Jahren aktive „Hamburger Liste für Ausländerstopp“.

Vgl.: Florian Hartleb: Rechtspopulistische Parteien; in Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.) Arbeitspapier; Nr. 143/2005; Sankt Augustin 2005; S. 44.

⁵⁷ Vgl.: Esser, Frank / Scheufele, Bertram / Brosius, Hans-Bernd: Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienwirkung. Deutschland im internationalen Scheinwerferlicht; a. a. O.; S. 205.

Vgl.: Jaschke, Hans-Gerd / Rätsch, Birgit / Winterberg, Yury: Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf; a. a. O.; S. 108.

⁵⁸ Vgl.: Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus; a. a. O.; S. 65.

Vgl.: Hoffmann, Uwe: Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur; a. a. O.; S. 417.

5. Die rechte Musikszene der Jahrtausendwende

Ähnlich dem Netz von rechten Kameradschaften hatte auch die Musikszene in ihrer Entwicklung mehrere Anpassungsprozesse durchlaufen. Aufgrund der schärferen und professionelleren Sanktionierung durch die BPjM und regelmäßige Razzien der Polizei waren inzwischen auch Rechtsrocker in einem größeren Maß zur Vorsicht genötigt. Konnte man noch in den frühen 90er Jahren faktisch unbedrängt seinen Hass zum Ausdruck bringen, so haben inzwischen Misstrauen und Konspiration in der Szene Einzug gehalten. Seitens der Plattenlabels und Versandhändler wurde wiederum die Rechtsberatung zu einem unverzichtbaren Instrument der Vermarktung. Mehrere Beschlagnahmungen und Strafverfahren hatten derweil auch die Produzenten eingeschüchtert.⁵⁹

Das hiermit angesprochene Pendel zwischen *subtilem* und *subversivem* Vorgehen hat in der rechten Musikszene zwei Namen: Michael Regener (Spitzname „Luni“ bzw. „Lunikoff“) und Daniel Giese (Spitzname „Gigi“). Im Jahre 2001 gelang dem Landeskriminalamt Berlin in Zusammenarbeit mit den Dienststellen anderer Bundesländer die bislang spektakulärste Festnahme im Kampf gegen den Rechtsrock⁶⁰. Zwischen dem 30. September und 5. Oktober des Jahres wurden die vier Mitglieder der Berliner Rechtsrockband **Landser** und mehrere Vertreiber ihrer Produktionen in Deutschland festgenommen.⁶¹ Die Gruppe **Landser**, die im Wissen um die Radikalität ihrer Songs seit jeher konspirativ operierte, genoss in der Szene ein beinahe legendäres Ansehen. Selbst die Tatsache, dass die Musiker nur in Einzelfällen öffentlich auftraten und aus Gründen der Verschwiegenheit auch meist von Interviews in Szene-Magazinen absahen, schadete ihrem Renommee keineswegs.⁶² Vielmehr kultivierten sie diese Anonymität durch die Schärfe ihrer Texte, bezeichneten sie sich doch selber gar als „Terroristen mit der E-Gitarre“.⁶³

Das Reich kommt wieder

Landser



*„Herzlich willkommen in meiner braunen Musik-Fraktion
Wir bringen mal wieder geistigen Sprengstoff zur Explosion
Bis an die Zähne bewaffnet mit Schlagzeug und E-Gitarren
Wir sind die Bombe in diesem Käfig voller Narren*

*Terroristen mit E-Gitarren - Der Innenminister hat mal wieder gewarnt
Terroristen mit E-Gitarren - Neue Anschläge sind schon geplant
Terroristen mit E-Gitarren - Die Terrorband aus Terrortown
Terroristen mit E-Gitarren - Deutschland Multikulti – Wir bleiben
braun“*

(Landser; „Rock gegen ZOG“; „Ran an den Feind“)⁶⁴

Albumcover: Landser (Bootleg), Das Reich kommt wieder

Vgl.: Jaschke, Hans-Gerd / Rätsch, Birgit / Winterberg, Yury: Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf; a. a. O.; S. 117.

⁵⁹ In den letzten zehn Jahren wurden mehrere Hunderttausend Tonträger beschlagnahmt. Bedingt durch die Konkurrenz auf dem rechten Musikmarkt haben Razzien dieser Art inzwischen einige Plattenlabels in den Konkurs getrieben.

Vgl.: Weiss, Michael: Begleitmusik zu Mord und Totschlag. Rechtsrock in Deutschland; in: Searchlight. Antifaschistisches Infoblatt (Hrsg.): White Noise. Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour – Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene; a. a. O.; S. 73.

⁶⁰ Vgl.: Bundesamt für Verfassungsschutz: Rechtsextremistische Skinhead Musik – Was ist daran gefährlich? Eine Fallstudie anhand der Szene-Band „Landser“; Köln 2002; S. 1.

⁶¹ Vgl.: ebd.

Vgl.: Apabiz e. V. Verzeichnis RechtsRock-Bands; in: Dornbusch, Christian / Raabe, Jan (Hrsg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien; a. a. O.; S. 444.

⁶² Vgl.: Menhorn, Christian: Skinheads: Portrait einer Subkultur; a. a. O.; S. 232f.

⁶³ Vgl.: Bundesamt für Verfassungsschutz: Rechtsextremistische Skinhead Musik – Was ist daran gefährlich? Eine Fallstudie anhand der Szene-Band „Landser“; a. a. O.; S. 5.

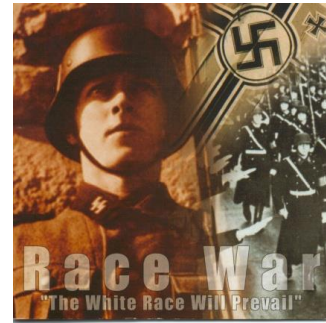
⁶⁴ Der Ausdruck ZOG steht für „Zionist Occupied Government“ und wird in der rechten Szene gerne als Umschreibung des demokratischen Regierungssystems der BRD verwandt.

Der bisweilen bodenlose Zynismus ihrer Lieder und die sie umgebende Aura von Untergrundkämpfern machte den Besitz von **Landser**-CDs in großen Teilen der Subkultur daher zu einer „Ehrensache“.

In einem bisher einmaligen Verfahren wurde den Musikern von der Generalbundesanwaltschaft neben den gängigen Propagandadelikten erstmals die Bildung einer kriminellen Vereinigung zur Last gelegt.⁶⁵

Die Richter des Berliner Kammergerichts folgten in ihrem Urteil dem Antrag der Staatsanwaltschaft und befanden die Angeklagten der gegen sie erhobenen Vorwürfe für schuldig.⁶⁶ Hiermit wurde nicht nur die im Falle dieser Band unverhohlene neonazistische und fremdenfeindliche Agitation, sondern zugleich auch der konspirative Vertrieb ihrer Produkte geahndet.⁶⁷

Inzwischen wurde auf der Grundlage dieses Musterprozesses auch gegen die Musiker der Gruppe **Race War** Strafanzeige erstattet.⁶⁸



Albumcover: Racewar, The white race will prevail

⁶⁵ Das Verfahren wurde am 24. Juni 2003 vor dem 2. Strafsenat des Berliner Kammergerichts eröffnet.

Die Vorwürfe lauteten im einzelnen:

- Bildung krimineller Vereinigungen (§ 129 StGB)
- Volksverhetzung (§ 130 StGB)
- Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen (§ 86 StGB)
- Öffentliche Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB)

Vgl.: <http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&Datum=Aktuell&Sort=12288&client=10&nr=31894&linked=pm&Blank=1> (22.03.2006 / 21.30 Uhr).

Vgl.: <http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4145410,00.html> (22.03.2006 / 21.30 Uhr).

⁶⁶ Am 22. Dezember 2003 verurteilte das Gericht den Hauptangeklagten Michael Regener als Rädelsführer einer kriminellen Vereinigung zu einer Haftstrafe von drei Jahren und vier Monaten. Gegen die beiden Mitangeklagten Andreas Möricke und Christian Wenndorf wurden Bewährungsstrafen verhängt. Der Staatsanwaltschaft und den ermittelnden Kriminalbeamten war es im Vorfeld und auch während des Prozesses gelungen, Möricke und Wenndorf zu Geständnissen zu bewegen. Die Aussagen der Mitangeklagten richteten sich hierbei gegen den Bandleader und trugen in besonderem Maße zur Offenlegung der Aktivitäten von **Landser** und ihres Umfelds bei. Regener wandte sich infolgedessen von seinen Bandmitgliedern ab und erklärte die Auflösung von **Landser**. Das im Anschluss von Regener angestrebte Berufungsverfahren vor dem Bundesgerichtshof scheiterte. Am 10. März 2003 bestätigte der BGH die Entscheidung des Berliner Gerichts und erklärte das Urteil somit für rechtskräftig. Allerdings wurde der Vorwurf der „Öffentlichen Aufforderung zu Straftaten“ aufgehoben, obwohl in mehreren Fällen nachgewiesen werden konnte, dass rechte Straftäter im Vorfeld ihrer Gewalttaten Songs von Landser gehört hatten, so im Falle der Ermordung von Adriano Alberto im Jahre 2000.

Im Verlaufe des Verfahrens kam gleichzeitig an die Öffentlichkeit, dass einer der wichtigsten Vertreiber von **Landser**-CDs, Mirko Hesse, in Diensten des Bundesamtes für Verfassungsschutz stand.

Vgl.: Bundesamt für Verfassungsschutz: Extremismus in Deutschland – Ein Kurzlagebild; a. a. O.; S. 25.

Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2003; a. a. O.; S. 45.

Vgl.: Die Präsidentin des Berliner Kammergerichts (Hrsg.): Tätigkeitsbericht 2003; Berlin 2004; S. 17.

Vgl.: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport : Verfassungsschutzbericht 2003; a. a. O.; S. 31.

Vgl.: Weiss, Michael: Deutschland im September; in: Dornbusch, Christian / Raabe, Jan (Hrsg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien; a. a. O.; S. 60f.

Vgl.: <http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&Datum=Aktuell&Sort=12288&client=10&nr=31894&linked=pm&Blank=1> (22.03.2006 / 21.30 Uhr).

Vgl.: <http://www.nadir.org/nadir/periodika/drr/archiv/NR78/78-4.html> (22.03.2006 / 21.30 Uhr).

⁶⁷ Insbesondere die wissentliche und vorsätzliche Verbreitung der Tonträger bildete hierbei die Grundlage für die Verurteilung der Band als „kriminelle Vereinigung“.

Vgl.: <http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&Datum=Aktuell&Sort=12288&client=10&nr=31894&linked=pm&Blank=1> (22.03.2006 / 21.30 Uhr).

⁶⁸ Die Anklage wurde im Dezember 2005 von der Staatsanwaltschaft Stuttgart erhoben. Die Vorwürfe knüpfen dabei an die Anklagepunkte im Verfahren gegen **Landser** an.

Vgl.: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2005; a. a. O.; S. 63.

Neben Regener (Luni) verfügt die rechte Musikszene inzwischen in Person von Daniel Giese (Gigi) über einen zweiten Interpreten mit dem Status eines Popstars.⁶⁹ Auch Gigi genießt in der Szene inzwischen eine Kultrolle, engagierte sich im Gegensatz zu Luni allerdings in mehreren Bands, so zum Beispiel Kahlkopf, Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten, Saccara und Stahlgewitter.

Beide Musiker symbolisieren in besonderer Weise das Pendel zwischen *subversiven* und *subtilen* Botschaften, welches sie zu den Idolen der Szene erhob und ihnen auch außerhalb der Bewegung eine beachtliche Aufmerksamkeit einbrachte. In Ergänzung zu diesen verdeckten Aktivitäten haben es die Musiker aber in neuerer Zeit zugleich verstanden, ihre ausländerfeindlichen und neonazistischen Botschaften in subtiler Manier bzw. einer juristisch unverwundlichen Schale zu präsentieren.

Nicht viel anders verhält es sich mit den übrigen rechten Interpreten oder den Aktivisten auf Partei- und Vereinsebene. Man kennt die eigenen Grenzen besser denn je und weiß inzwischen wahlweise staatliche Sanktionen durch Improvisation zu parieren oder sich peinlich genau innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu bewegen.

Die Konsequenz ist ein bisweilen perfides und zynisches Gemisch aus Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus und Führerkult, dessen hintergründige Aussagen zwar für jeden Hörer verständlich sind, aber nicht die Grundlage für eine rechtliche Ahndung bieten.

*„Er war so schön, er war so toll.
Doch nein, er kam nicht aus Tirol.
Dafür ist er weltberühmt, denn ihn kennt wirklich jede Sau,
Der Bitterböse aus Braunau.
Nicht jeder Mann, nicht jede Frau
Mag heut den Bösen aus Braunau.
Doch viele sagen ehrfurchtsvoll,
Dass er wieder kommen soll.
Der Bitterböse aus Braunau.“*

(Gigi & die braunen Stadtmusikanten; „Madley“; „Braun ist beautiful“)⁷⁰

⁶⁹ Vgl.: Weiss, Michael: Deutschland im September; in: Dornbusch, Christian / Raabe, Jan (Hrsg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien; a. a. O.; S. 60.

⁷⁰ Die Vorlage jenes Cover-Songs war das Lied vom „Anton aus Tirol“ des österreichischen Entertainers DJ Ötzi. Es bedarf hier keiner großen Anstrengung, der Frage nachzugehen, wer sich hinter dem „*Bitterbösen aus Braunau*“ verbirgt, oder um es mit einer anderen Passage aus dem „*Madley*“ der Rechtsrocker auszu- drücken: es handelt sich um „*einen bösen Adi, es gibt nur einen bösen Adi*“.

(Gigi und Die Braunen Stadtmusikanten; „Madley“; „Braun ist beautiful“)